

BESCHLUSSPROTOKOLL

über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales und Bürgerdienste (BSB) vom
03.03.2020
im großen Sitzungssaal des Rathauses Kirchheim unter Teck

Beginn: 17:02 Uhr Ende: 18:05 Uhr

§§ 10 – 13 öffentlich

Vorsitz

Oberbürgermeister Dr. Pascal Bader (stimmberechtigt)

Mitglieder

Stadtrat Michael Attinger
Stadträtin Eva Baudouin
Stadtrat Dr. Jürgen Berghold ab 17:13 Uhr § 13 ö
Stadträtin Tonja Brinks ab 17:28 Uhr § 13 ö
Stadträtin Ute Dahner
Stadtrat Michael Faulhaber
Stadtrat Michael Gänßle
Stadtrat Ralf Gerber
Stadträtin Marianne Gmelin
Stadtrat Ulrich Kreyscher ab 18:02 Uhr § 13 ö
Stadtrat Manfred Machoczek
Stadtrat Dr. Christoph Miller
Stadtrat Tobias Öhrlich
Stadtrat Florian Schepp
Stadträtin Bettina Schmauder
Stadtrat Wilfried Veese
Stadträtin Lena Weithofer

Stellvertretende Mitglieder

Stadtrat Max Blon

Entschuldigt

Stadträtin Renata Alt aus beruflichen Gründen verhindert
Stadträtin Martina Zuber aus beruflichen Gründen verhindert

Verwaltung

Erster Bürgermeister Günter Riemer
Bürgermeister Stefan Wörner
Ortsvorsteher Dr. Alexander Forkl (Lindorf)
Ortsvorsteherin Veronika Franco Olias (Nabern)
Ortsvorsteher Hermann Kik (Ötlingen)
Frau Brigitte Hartmann-Theel (Soziales)

Schriftführer/in

Frau Edeltraud Bolai (Gremien und Öffentlichkeitsarbeit)

Bekanntgabe von Beschlüssen

Aus der nichtöffentlichen Sitzung des **Ausschusses für Bildung, Soziales und Bürgerdienste (BSB)** vom 28.01.2020 ist folgender Beschluss bekannt zu geben:

**§ 1 nichtöffentlich
Verwaltungsgebäudekonzept
- Anmietung des Untergeschosses im Otto-Ficker-Areal**

Zustimmung zur Anmietung von Lagerflächen im Untergeschoss des Otto-Ficker-Areals im Rahmen des Verwaltungsgebäudekonzepts.

**Eilentscheidung der Oberbürgermeisterin
- Überplanmäßige Ausgabe Budgeteinheit Teilhaushalt 2,
Ortschaftsverwaltung Jesingen, HH 2019**

Gesetzliche Anzahl Stimmberechtigter: 19

Anwesende Anzahl Stimmberechtigter: 16

Kenntnisnahme von der Eilentscheidung der Oberbürgermeisterin zur überplanmäßigen Ausgabe Budgeteinheit Teilhaushalt 2, Ortschaftsverwaltung Jesingen, HH 2019.

Zwischenbericht aus den Handlungsfeldern der Strategischen Ausrichtung

Gesetzliche Anzahl Stimmberechtigter: 19

Anwesende Anzahl Stimmberechtigter: 16

BM Wörner berichtet von Veränderungen in den Handlungsfeldern:

Sport, Gesundheit und Erholung

7.01 Fortführung eines Workshops mit Vertretern des Gemeinderats im 3. Quartal 2019 zur Abstimmung der weiteren Schritte. Das Thema wurde federführend bei der Abteilung Soziales verortet. Mit der Neubesetzung der Sozialplanungsstelle (Frau Küssner) wurde das Thema nun aufgegriffen. Ein erster Termin fand am 10.02.2020 statt. Es gab eine gute Resonanz. Die in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales und Bürgerdienste (BSB) am 28.01.2020 geführte Diskussion, ob es in Kirchheim unter Teck einen Hausärztemangel gäbe, hat sich bestätigt. Die Verwaltung wird das Thema hausintern aufarbeiten und dem Gemeinderat in einer der nächsten Sitzungsunden Vorschläge zum weiteren Umgang mit dem Thema vorlegen.

Kultur

BM Wörner informiert, dass in der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Soziales und Bürgerdienste (BSB) am 28.01.2020 berichtet wurde, dass die Sachbearbeiter-Stelle im Kulturbereich vakant sei und dadurch einige Aufgaben, z.B. Kulturentwicklungsplanung, zurückgestellt werden mussten. Die 100 % Stelle konnte inzwischen im Tandem nachbesetzt werden. Eine Kollegin habe bereits am 02.03.2020 begonnen, die andere beginne am 16.03.2020. Somit sei der Kulturbereich ab Mitte des Monats vollständig besetzt, so dass die ausstehenden Maßnahmen, wie Kulturentwicklungsplanung, Litfaßsäule usw., in absehbarer Zeit angegangen werden können.

StR Veeseer (CDU) fragt, ob es eine Chance gebe, die neuen Stelleninhaberinnen kennen zu lernen.

BM Wörner sichert zu, dass die beiden neuen Kolleginnen in einer der nächsten Sitzungsunden vorgestellt werden.

StR Dr. Miller (Freie Wähler) möchte wissen, wer bei der Stadt Kirchheim unter Teck für Tourismus zuständig sei.

BM Wörner erklärt, dass die Stelle über längere Zeit vakant gewesen sei, aber zum 01.02.2020 besetzt werden konnte. Die neue Leiterin des Sachgebiets Marketing und Tourismus, Frau Römer, werde ebenfalls in einer der nächsten Sitzungen vorgestellt. Morgen soll es im Teckboten einen Bericht über Frau Römer geben.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

- 110 1. Rückspachemöglichkeit im Nachgang zum Fachforum Frühkindliche Bildung am Montag, 09.03.2020

OB Dr. Bader informiert, dass im Nachgang zum Fachforum Frühkindliche Bildung und den Verhandlungen mit den freien Trägern noch einige Fragen von Vertretern des Gemeinderates bei der Verwaltung eingegangen seien. Aus diesem Grund sei ein zusätzlicher Termin vereinbart worden, um die Fragen und Hinweise zu diskutieren und sich nichtöffentlich auszutauschen. Falls im Nachgang zum Fachforum Fragen entstanden seien, herzliche Einladung zum Termin.

- **Wann? Montag, 09.03.2020, 17:30 Uhr (vor den Fraktionssitzungen)**
- **Wo? Je nach Anzahl der Interessierten im Vogthaus oder im Besprechungsraum 2. OG, Rauminformation folgt am Montag**

Um eine kurze Rückmeldung zur Teilnahme wird gebeten.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

230 2. Bauausschuss Kornhaus und Bauausschuss Linde

EBM Riemer berichtet, man wolle bei der Sanierung des Kornhauses und der Weiterentwicklung des Linde Areals jeweils einen Bauausschuss gründen. Man habe in den vergangenen Jahren bei ähnlichen Großprojekten sehr gute Erfahrungen mit der Bildung von Bauausschüssen gemacht. Die Bauausschüsse werden durch Mitglieder des Gemeinderates und durch Nutzer den Planungsprozess intensiv begleiten. Er bittet, dass die Fraktionen bis zur Gemeinderatssitzung am 11.03.2020 jeweils 1 Person benennen.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

3. Corona Virus

EBM Riemer spricht von ersten Fällen der mit dem Corona Virus infizierten Personen in Deutschland. Derzeit gäbe es in Kirchheim unter Teck noch keinen Fall der Erkrankung. Die Verwaltung habe dennoch einen Verwaltungsstab eingerichtet, um bei einer Veränderung der Lage sowohl extern als auch intern rasch reagieren zu können. Schwerpunkte der beteiligten Behörden seien das Sozialministerium, das Landratsamt und das Gesundheitsamt.

Fortlaufend werden aktualisierte Informationen zum Thema auf der städtischen Website eingestellt. Die Stadt sei nicht Taktschläger bei diesem Thema. Die fachliche Situation werde von der Gesundheitsverwaltung bearbeitet. Die Stadtverwaltung wirke als Ortpolizeibehörde, wenn Maßnahmen zu treffen seien. Bisher sei dies nicht der Fall.

Besetzung des Verwaltungsstabs intern:

EBM Riemer - Vorsitzender
BM Herr Wörner - Stellvertreter
Herr Schilling (Abteilungsleitung Bürgerdienste, Sicherheit und Ordnung)
Herr Röhrle (Sachgebiet Sicherheit und Gewerbe)
Frau Huttenlocher (Sachgebiet Schulen und Sport)
Frau Göhler-Bald – Stellvertreterin (Abteilungsleiterin Bildung)
Frau Voltmann – Stellvertreterin (Sachgebiet Kindertageseinrichtungen)
Frau Reichle (Abteilungsleitung Gremien und Öffentlichkeitsarbeit)
Herr Berndt (Sachgebiet Öffentlichkeitsarbeit)
Herr Zimmert (Geschäftsführer Stadtwerke)
Herr Lempp (Sachgebiet Gebäudemanagement)

Die Beteiligten sind über ihre Benennung informiert. Der Verwaltungsstab ist aber bisher noch nicht zusammen getreten.

Besetzung extern je nach Bedarf:

Vertreter des Gesundheitsamtes
Vertreter der Polizei
Vertreter der Feuerwehr
Gegebenenfalls Vertreter des Landratsamtes, des Deutsche Roten Kreuzes, des Technischen Hilfswerks und des Krankenhauses

Man sei mit den entscheidenden Stellen im Landkreis in Kontakt und habe den Eindruck, dass diese Organisationen sich intensiv vorbereiten, falls sich diese Erkrankung ausweite. Die Zuständigkeit für etwaige Maßnahmen liege nach § 1 Abs. 6 Infektionsschutzgesetz (IfSG) bei der Ortspolizeibehörde (Stadtverwaltung). Jedoch könne durch § 16 Abs. 7 IfSG das Gesundheitsamt bei Gefahr im Verzug, die erforderlichen Maßnahmen ebenfalls treffen. Hiervon müsse die Ortspolizeibehörde in Kenntnis gesetzt werden. Die bisher einzige Maßnahme war die Einweisung der aus China zurückgekehrten 15 Personen in das Ateck-Hotel. Eine Erkrankung konnte bei keiner dieser Personen festgestellt werden. Die Quarantäne laufe noch bis 07.03.2020.

StR Faulhaber (SPD) merkt an, dass es sinnvoll wäre, bei Auftreten eines Corona Falles in Kirchheim unter Teck, dies über die sozialen Medien zu kommunizieren.

EBM Riemer erklärt, dass das Sachgebiet Öffentlichkeitsarbeit die Thematik mit Veröffentlichungen auf verschiedenen Kanälen begleite, wobei die Regularien, die auf Behördenebene vorgegeben sind, einzuhalten seien. Man tue gut daran, die Situation, bei allem Risiko, das bestehe, so darzustellen, dass eine gewisse Sicherheit herrsche und man bereit stehe, falls etwas passiere. Nur so könne man eine Panik verhindern.

StR Dr. Berghold (Grüne) unterstützt die Aussage von EBM Riemer. Die frühzeitige Benennung der Mitglieder eines Krisenstabes halte er für eine gute Idee. Ansonsten gelte es Ruhe zu bewahren.

StRin Schmauder (Freie Wähler) berichtet, dass aus dem „Knights“ Umfeld ein Mitbewohner einer Mitarbeiterin im Office, nach Hause geschickt worden sei, weil es auf den Fildern wohl den ersten Fall einer Corona Virus Erkrankung geben soll. Am Freitagabend finde ein Basketballspiel statt. Man rechne mit deutlich weniger Zuschauern. Man wisse nicht, wie sich das Ordnungsamt positioniere. Als Arbeitgeber mache man sich Gedanken, was man bei den ersten Fällen mache. Man sei verunsichert.

OB Dr. Bader erläutert, dass man wegen der Amtseinsetzung am Samstag, 07.03.2020, täglich beobachte, wie sich die Situation entwickle. Man werde am 04.03.2020 mit dem Gesundheitsamt nochmals Kontakt aufnehmen, um abzuklären, wie mit Großveranstaltungen umgegangen werden soll. Er empfehle, auch bzgl. des Basketballspiels, ebenfalls Kontakt mit dem Gesundheitsamt aufzunehmen. Dort sei auch eine Hotline eingerichtet.

BM Wörner richtet sich an StR Faulhaber und erklärt, dass die Verwaltung bei der Unterbringung der China Rückkehrer ins Ateck Hotel die Erkenntnis gewonnen habe, dass man über die Website informieren müsse. Man hatte sich zunächst an die Empfehlung des Landratsamtes gehalten und nicht informiert. Habe aber schnell gemerkt, dass eine Information sehr wichtig ist und deshalb Informationen auf der städtischen Website eingestellt. Diese Seite werde nun laufend aktualisiert. Über die sozialen Medien werde darauf hingewiesen. Die Frage von StRin Schmauder, wie sich ein Arbeitgeber richtig verhalte, beschäftige die Verwaltung ebenfalls. Die Verwaltung habe sich an die Empfehlungen des Kultusministeriums gehalten. Beschäftigten, die sich in einem Risikogebiet aufgehalten haben, wurde empfohlen, unter Lohnfortzahlung, zu Hause zu bleiben.

EBM Riemer ergänzt, dass von offizieller Seite noch keine Information über eine Erkrankung im Kreis Esslingen vorliege. Die Wahrscheinlichkeit, dass es im Kreis Esslingen ebenfalls Erkrankte geben werde, sei sehr groß, da es in den umliegenden Kreisen bereits Erkrankungen gäbe. Das Ordnungsamt werde die Maßnahmen zwar anordnen, jedoch werden in solchen Fällen diese von der Leitung des Verwaltungsstabes entschieden. Hier werde es keine eigenständigen Entscheidungen der Mitarbeitenden geben. Er bittet, bei Rückfragen sich direkt an ihn zu wenden, um ggf. Maßnahmen anordnen zu können. Man stehe im engen Kontakt mit dem Gesundheitsamt. Man müsse das Risiko abschätzen. Inzwischen seien große Veranstaltungen abgesagt worden. Die Gemeinderatssitzung zur Einsetzung des neuen Oberbürgermeisters sei aktuell nicht abgesagt. Man warte ab, wie sich die Lage entwickle.

OB Dr. Bader ergänzt, dass der Gemeinderat bei einer Absage entsprechend informiert werden würde.

StR Dr. Berghold (Grüne) führt aus, dass sich in den Betrieben empfehle, nur die heimzuschicken, die sich in einem Risikogebiet aufgehalten haben.

Aktuelle Ergänzung: Nach Rücksprache mit den Behörden wird die Amtseinsetzung am 07.03.2020 regulär durchgeführt.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten

110 4. Situation Haldenkindergarten Ötlingen und Eichwiesenkindergarten Lindorf

StR Schepp (Freie Wähler) liest seine am Vormittag schriftlich gestellte Anfrage vor:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Wörner,

in den letzten Tagen, zuletzt am heutigen Vormittag, erreichen uns zunehmend Anfragen/Beschwerden aus der Elternschaft, der im Betreff genannten Kindergärten. Hierzu werden wir heute Abend im Ausschuss für Bildung, Soziales und Bürgerdienste (BSB) folgende Fragen an die Verwaltung stellen:

1. Wir bitten um Darstellung der personellen Situation im Haldenkindergarten. Angeblich sei die Leitung dauerkrank. Personal wäre so knapp, dass immer wieder Eltern angefragt/aufgefordert würden ihre Kinder wieder mit nach Hause zu nehmen bzw. diese gar nicht erst zu bringen. Dies nicht als Einzelfall, sondern in einer gewissen Häufung, gerade in den letzten Wochen. Verschärft wird diese Situation in der Wahrnehmung der Elternschaft durch Vorfälle die offensichtlich einer unzureichenden Aufsicht/Kontrolle geschuldet sind. So wäre ein Kind unbeaufsichtigt aus der Einrichtung gelangt. Ein Kind hätte man wohl, bis zur Abholung durch die Eltern, schlafend im Garten vergessen u.ä.
2. Wir bitten um Darstellung der personellen Situation im Eichwiesenkindergarten. Hier scheint die Lage vergleichbar schlecht zu sein. Eltern würden immer wieder aufgefordert ihre Kinder zu Hause zu lassen bzw. wieder mit nach Hause zu nehmen. In der Elternschaft herrscht aktuell großer Unmut, die Eltern sind wütend und verunsichert. Zudem gibt es wohl in der Kommunikation Erzieherinnen - Elternschaft Defizite.
3. Wir bitten um Darstellung zum aktuellen Sachstand, Erweiterung Eichwiesenkindergarten. Wie ist der aktuelle (Bau-) Planungsstand/Fortschritt hier?
4. Angeblich werden die Tage Eltern aus Lindorf von der Verwaltung aufgefordert, ihre Kinder als Alternative im Haldenkindergarten anzumelden und diesen zu nutzen, da ansonsten der Haldenkindergarten nicht - wie geplant - aufgestockt/erweitert wird. Die Elternschaft aus Lindorf befürchtet durch eine solche Zusage eine weitere Verzögerung der Erweiterung des Eichwiesenkindergartens und lehnt dies ab. Gab es diese Aufforderung in diesem Kontext an Eltern aus Lindorf?

OB Dr. Bader berichtet, dass die Abteilung Bildung beauftragt wurde, eine Stellungnahme zu der Anfrage abzugeben.

Beantwortung zu Frage 1 durch OB Dr. Bader:

Man müsse sehen, dass aktuell eine Grippewelle herrsche. Letzte Woche seien 81 ErzieherInnen (ca. 1/3 aller ErzieherInnen) wegen Krankheit ausgefallen. Heute fehlen 50 Erzieherinnen krankheitsbedingt. Man habe letzte Woche mit Springkräften versucht, den Krankheitsstand auszugleichen. Dies sei irgendwann nicht mehr möglich gewesen, so dass Teilschließungen notwendig waren, um eine ordentliche Betreuung gewährleisten zu können. Eltern wurden gebeten, ihre Kinder nach Möglichkeit zu Hause zu lassen, wenn keine Betreuung benötigt wurde, um Gruppen zu entlasten und mit weniger Personal auszukommen. Wenn Eltern dringend Betreuung gebraucht haben, konnten die Kinder in den Kindergarten gebracht werden. Im Haldenkindergarten sind die Leiterin und die Stellvertretung seit ca. 4 Wochen krank. Im Schnitt seien täglich zusätzlich 6 – 8 ErzieherInnen krank oder urlaubsbedingt nicht im Haus. Man habe sich aufgrund dieser hohen Krankheitsfälle zu Teilschließungen im Haldenkindergarten entschlossen. Die anwesenden Kinder werden auf die Gruppen verteilt. Donnerstags 1 Krippengruppe, freitags 1 Krippengruppe und 1 Kindergartengruppe, da der Ausfall nicht kompensiert werden konnte. Die Situation sei gerade schwierig, da es sich bisher nur um die normale Grippewelle handle und die nächste Eskalationsstufe vor der Tür stehe. Ein verlorenes Kind sei der Verwaltung nicht bekannt. Ein Kind sei in der Schaukel eingeschlafen und sei beim Abholen dadurch zunächst nicht auffindbar gewesen.

Beantwortung zu Frage 2 durch OB Dr. Bader:

Im Eichwiesenkindergarten gibt es keine Teilschließung, aber die Bitte an die Eltern, wenn nicht zwingend eine Betreuung erforderlich ist, die Kinder nach Möglichkeit zu Hause zu lassen, um die Situation zu entlasten. 2 Krankheitsfälle und 2 unbesetzte Stellen führen zu knapper Personalbesetzung.

Beantwortung zu Frage 4 durch OB Dr. Bader:

Derzeit finde eine Abfrage der Eltern aus Lindorf statt, wer sein Kind in den ehemaligen Räumen der Kernzeit an der Haldenschule anmelden würde. Der Kindergarten Eichwiesen werde auf jeden Fall gebaut. Die Kinder können anschließend in den Eichwiesen- oder in den Haldenkindergarten wechseln. Kommen solche Anfragen vermehrt, müsse man prüfen, ob der Informationsfluss richtig sei.

BM Wörner ergänzt zur Beantwortung der Frage 1, dass es einen klar definierten Prozess gebe, wenn eine Kindeswohl-Gefährdung in irgendeiner Form vorliege. Letzte Woche sei vom Sachgebiet Kindertageseinrichtungen der Fall des schlafenden Kindes in der Schaukel berichtet worden. Dieser Fall werde aktuell aufgearbeitet und Maßnahmen ergriffen, um solchen Fällen vorzubeugen. Bei weniger Personal müssen Betreuungsgruppen zusammengeführt werden, um solche Vorfälle auszuschließen.

Beim Eichwiesenkindergarten (Frage 2) gehe es um den Interimskindergarten, der in den Räumen der ehemaligen Kernzeitbetreuung in der Haldenschule eingerichtet werden soll. Dies soll die große Not schnell lindern, um möglichst im nächsten Kindergartenjahr eine Alternative anbieten zu können. Der Bedarf bestehe ab dem nächsten Kindergartenjahr. Man schaffe es nicht, zum Kindergartenjahr 2020/2021 die Erweiterung des Eichwiesenkindergartens fertig zu stellen.

OV Kik (Ötlingen) bittet, ebenfalls das Anschreiben, das die Lindorfer Eltern erhalten, zu bekommen.

EBM Riemer berichtet, dass ihm gestern die ersten Planungsüberlegungen für den Eichwiesenkindergarten vorgelegt worden seien. Die Voraussetzungen zur Betriebsgenehmigung durch den Kommunalverband für Jugend und Soziales Baden-Württemberg (KVJS) sind berücksichtigt. Diese erzeugen eine Kostensteigerung. Die Frage, ob man nur eine oder zwei Gruppen mache, stelle sich nicht. Die Planung beziehe sich auf drei Gruppen (eine neue Gruppe für über 3-jährige Kinder, die zwei bestehenden Gruppen der Krippe in Lindorf), die am Eichwiesenkindergarten realisiert werden sollen. Die Kinderkrippe in der Reuderner Straße könne dadurch geschlossen werden. Es sei eine sehr teure Einrichtung im Betrieb und Sanierungsbedarf ist vorhanden. Hintergrund für die umfangreichere Planung sei, dass man ein zukunftsfähiges Gebäude für einen größeren Kindergartenstandort und dadurch mehr Flexibilität bekomme. Beim Eichwiesenkindergarten ist die Fertigstellung zum Beginn des Kindergartenjahres 2021/2022 geplant.

Zum Haldenkindergarten sei zu sagen, dass der frühere Architekt mit der Planung beauftragt worden sei. Die Umsetzung müsse ein anderer Architekt machen, da der frühere Architekt inzwischen in einem Arbeitsverhältnis stehe. Für die Umnutzung der Kernzeitbetreuungsräume an der Haldenschule als Ausweichräume für die Kinder aus Lindorf und Ötlingen als Interimsversorgung, liegt die Planung vor und wird dem Gemeinderat in der nächsten Sitzung zur Beschlussfassung vorgelegt.

OB Dr. Bader sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfragen zu. Man müsse nochmals klar kommunizieren, wie das Anmeldeprozedere in Lindorf gedacht sei, um Missverständnisse zu vermeiden.

OV Dr. Forkl (Lindorf) berichtet aus der Ortschaftsratssitzung vom 02.03.2020. Frau Göhler-Bald (Bildung) habe den Ortschaftsrat umfassend informiert. Sowohl er als auch sein Stellvertreter OR Pesl, sei in engem Kontakt mit der Architektin, Frau Wischropp. Man wisse über die Pläne und Abläufe bestens Bescheid. Der Ortschaftsrat fühle sich gut informiert. Über das Schreiben, das an StR Schepp ging, sei er erstaunt gewesen, weil der Verfasser des Schreibens Mitglied des Ortschaftsrates und am Montag nicht bei der Ortschaftsratssitzung gewesen sei, obwohl er wusste, dass es zum Thema Eichwiesenkindergarten Informationen geben werde. Er spricht sich über die Zusammenarbeit mit der Verwaltung lobend aus. Es sei bereits im Vorfeld informiert worden, dass bei den Eltern abgefragt werde, wer Interesse habe, sein Kind nach Ötlingen in den Interimsbau zu schicken. Es sei in der Ortschaftsratssitzung, bei der auch die Kindergartenleitung Frau Kingeter-Schröter anwesend war, mitgeteilt worden, dass von zwölf befragten Eltern, nur zwei feste Zusagen kamen. Die übrigen zehn Eltern haben sich nicht entschieden. Die Kindergartenleitung sei umfassend informiert und könne die Fragen der Eltern beantworten.

StR Schepp (Freie Wähler) freut sich, dass seine Anfrage noch schriftlich beantwortet wird, wobei er davon ausgegangen sei, dass die Ortschafträte zuerst den Kontakt mit dem Ortsvorsteher aufnehmen, bevor sie auf Stadträte zugehen. Er möchte noch wissen, ob die Eltern, die ihr Kind in den Interimsbau nach Ötlingen schicken, die Zusage bekommen, dass das Kind dann nach Lindorf wechseln könne, sobald es dort freie Plätze gibt.

OV Dr. Forkl (Lindorf) bestätigt, dass dies kommuniziert werde. Man müsse

auch den Vorteil sehen, dass die Lindorfer Kinder in Ötlingen gleich ihre Mitschülerinnen und Mitschüler der Grundschule kennen lernen.

StR Veese (CDU) erinnert sich an eine ähnliche Diskussion vor ca. vier Jahren. Damals habe es ziemliche Konflikte zwischen den Eltern und den Zuständigen für den Bereich der Kindertageseinrichtungen gegeben. Vieles sei damals daran gescheitert, dass die Prozesse für die Eltern nicht nachvollziehbar waren. Man habe jetzt die Situation in einer hohen Plausibilität dargestellt. Er bittet darum, dass die zuständige Mitarbeitende in der Verwaltung die Eltern direkt und nicht nur über die Erzieherin informieren. Das halte er für den richtigen Schritt.

OB Dr. Bader teilt die Meinung von StR Veese und sagt eine umfassende Information der Eltern zu.

StRin Gmelin (SPD) spricht den Elternabend am Mittwoch, 04.03.2020 in Jesingen an. Sie hoffe, dass der Bauantrag eingereicht sei.

EBM Riemer kann diese Frage nicht beantworten.

StRin Gmelin (SPD) nimmt mit den Zuständigen in der Verwaltung selbst Kontakt auf.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten5. Flüchtlingsentwicklung

StR Gerber (Freie Wähler) berichtet, dass die Freien Wähler eine neue Dramatik in der Flüchtlingsentwicklung auf die Bundesrepublik Deutschland und damit auch auf die Stadt Kirchheim unter Teck zukommen sieht. Er beziehe sich auf den Werkstattbericht vom 05.02.2020 und auch auf den Leserbrief „Vergiftetes Meinungsklima“ vom 03.03.2020 von StR Dr. Rose. Er habe sich die Mühe gemacht, den Werkstattbericht dahingehend aufzudröseln, was aktuell an Wohnmöglichkeiten in der Anschluss- und Obdachlosenunterbringung in Kirchheim unter Teck an Fehlbeständen zu Buche schlägt. Wenn man es in der Gesamtsumme sehe, seien es bis Ende 2021, ohne eine neue Bewertung der jetzigen Flüchtlingssituation, Wohnkapazitäten für 261 Personen. In der Anschlussunterbringung werde es unter Berücksichtigung aktueller Bauten einen Minusbestand von Wohnungen für 80 Personen, in der Obdachlosenunterbringung mit Stand 31.12.2019 von 43 Personen geben. Anfragen bezüglich Obdachlosenunterbringung wegen prekärer Wohnsituation zum 31.12.2019 liegen von 138 Personen vor. Rein rechnerisch habe man eine Minuskapazität von 261 Plätzen. Im Werkstattbericht stehe, dass der Schafhof IV noch in der Planung sei. Er möchte gerne wissen, wie weit die Planungen bezüglich der Hoffnungshäuser fortgeschritten seien und wie viel Wohnkapazität dort eingeplant sei. Es gäbe im Lindorfer Weg noch die Möglichkeit von 8 weiteren Wohnungen. Würde man bei diesen 8 Wohnungen einen Besatz von 3 Personen pro Wohnung rechnen, wäre man bei 24 Personen. Auf dem Schafhof wären es bei 3 Häusern à 6 Wohneinheiten à 3 Personen, 54 Plätze. Er sehe ein großes Delta, das man ohne neue Anschlussunterbringung bis 31.12.2021 nach seiner Rechnung auszuweisen habe. Er bittet die Verwaltung bis zur Gemeinderatssitzung am 11.03.2020 dem Gemeinderat darzulegen, welche weiteren neuen räumlichen Überlegungen es bei der Stadt Kirchheim unter Teck gebe, um eine weitere Anschlussunterbringung für geflüchtete Menschen sowie Menschen in prekären Lebenssituationen in Kirchheim unter Teck, zu benennen. Inklusive der Plätze, wo diese vorgesehen sind, um rechtzeitig in einen konstruktiven Dialog mit der Kirchheimer Bevölkerung gehen zu können. In diesem Zusammenhang verweise er auf den Leserbrief von StR Dr. Rose vom 03.03.2020 im Teckboten. Der Meinung, dass es ein vergiftetes Meinungsklima im Gemeinderat gebe, wolle er allumfassend widersprechen. Es gebe einzelne Mitglieder der CDU-Fraktion, die das Klima im Gemeinderat vergiften. Der Gemeinderat an sich, habe manche Sternstunde beim Thema Anschlussunterbringung erlebt. Man lasse sich von der CDU nicht am „Gängelband durch die Manege führen“, das habe der Gemeinderat nicht verdient.

StR Veeseer (CDU) erklärt, dass er sich nicht betroffen fühle und deshalb die Aussage stehen lasse. Diesen Schuh ziehe er sich nicht an.

OB Dr. Bader vertritt die Meinung, dass man beobachten müsse, wie es auf internationaler Ebene weiter laufe. Im Moment habe sich die Situation wieder verschärft. Ob die Türkei wieder zurückziehe und die Bundesregierung durch neue Zugeständnisse eine neue Flüchtlingswelle verhindern könne, wisse man im Augenblick nicht. Er denke aber, dass man vorbereitet sein und sich Gedanken machen müsse, um nicht überrollt zu werden. Er halte es für sinnvoll, schon jetzt die Unterbringungsmöglichkeiten zu prüfen.

EBM Riemer führt aus, dass sich die Verwaltung bei der Erstellung des Werkstattberichts gefragt habe, ob man diese Zahlen addieren könne. Man sei nicht auf diese hohe Zahl der aktuell fehlenden Wohnungen gekommen. Die Medien und die, die sich journalistisch vertieft mit dem Thema, was gerade an der türkisch griechischen Grenze passiert, beschäftigen, sagen bis dato, dass Verhältnisse, wie sie damals waren, nicht zu erwarten seien, weil die Balkanroute geschlossen sei. Es sei nicht so einfach durchzukommen, da in Ungarn und in Österreich die Zäune zu seien. Deshalb sei die Befürchtung, dass es über uns hereinbreche, nicht gegeben. Der Landkreise habe seine vorläufigen Unterbringungen in Teilen aufgegeben, aber es stehen noch zahlreiche Gebäude. Geplant sei, in der nächsten Sitzung das Thema Hoffnungshäuser vorzustellen. Es sei ein freier Träger, der mit einer sozialen Ausrichtung Wohnungen bereitstelle, aber sicher nicht ausschließlich Flüchtlingswohnungen, sondern auch um den Bereich der Menschen, die in prekären Wohnsituationen seien, vorsorgen zu können. Im Werkstattbericht habe er erwähnt, dass man derzeit mit der Firma Implenia in Verhandlung sei, dass die Hälfte der Container, die in der Tannenbergstraße stehen, zumindest für einen vorübergehenden Zeitraum von der Stadt übernommen werden. Damit könne man ca. 50 Plätze abdecken. Man versuche, bis zur Gemeinderatssitzung eine Aufarbeitung des Themas.

StR Dr. Berghold (Grüne) ist der Ansicht, dass es dem Thema nicht gerecht werde, es innerhalb einer Woche aufzuarbeiten und stellt deshalb den Antrag, das Thema in der nächsten Sitzungsrunde ordentlich aufgearbeitet darzustellen.

StR Gerber (Freie Wähler) ist mit einer Aufarbeitung bis zur nächsten Sitzungsrunde einverstanden.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten220 6. Gewerbegebiet im Bereich Tannenbergsstraße

StRin Schmauder (Freie Wähler) bittet, aufgrund der Aussage von EBM Riemer zur Anmietung von Containern in der Tannenbergsstraße, um eine Aufarbeitung, wie es mit dem Gewerbegebiet weitergehe bzw. darzustellen, ob bei einer Anmietung der Container die Ausweisung des Gewerbegebietes nach hinten verschoben werde. Man sollte sich Gedanken machen, welche neuen Gewerbegebiete noch erschlossen werden könnten.

EBM Riemer meint, er habe in einer der letzten Sitzungen über den aktuellen Stand berichtet im Zusammenhang mit dem Wirtschaftsförderungsthema. Das Gebiet Bohnau Süd (Tannenbergsstraße bis zur Autobahn), mit dem für die Stadt sehr vorteilhaften Anschluss der verlängerten Einsteinstraße an die B 465 (Brücke über die Autobahn), war zur vertieften Bearbeitung vorbereitet und zur Diskussion über die Form des Grunderwerbs. Auf der Dettinger Markung soll der regionale Gewerbeschwerpunkt entstehen. Man sei von der Region bezüglich Lage und Größe des Gebietes sehr lange nicht informiert worden. Die Region habe in der gesamten Region Stuttgart nochmals nachgefragt, ob es weitere solcher Standorte gäbe. Drei seien inzwischen aufgerufen. Die Struktur, die hier entstehen könnte, sei singulär. Das bedeute, dass dieses Gebiet für die Region einen entsprechenden Vorteil hat. Man werde bis zur übernächsten Sitzungsrunde verschiedene Gespräche, z.B. mit BM Haußmann aus Dettingen unter Teck, führen. Danach müsse der Gemeinderat entscheiden, wie mit dem Gewerbegebiet Bohnau Süd weiter verfahren werden sollte. Der kostenträchtigste Faktor wäre der Grunderwerb.

StRin Schmauder (Freie Wähler) hinterfragt, ob es die richtige Strategie sei, die Umsetzung des Gewerbegebiets Bohnau Süd von dem überregionalen Gewerbegebiet abhängig zu machen. Es gehe um den regionalen Kirchheimer Bedarf. In dem überregionalen Gewerbegebiet werde kein Kirchheimer Handwerker zum Zuge kommen. Man müsse sich um die Weiterentwicklung der Kirchheimer Unternehmen kümmern. Vielleicht müsse man eine Strategie entwickeln, wie man mit dem Aufkauf umgehen sollte, um nachher einfacher reagieren zu können.

EBM Riemer erläutert, dass die Strategie nicht laute, zu warten. Die Region hatte ein Ergebnis bis Herbst 2019 zugesagt. Man sei dann informiert worden, dass es aufgrund des von der Region angestregten Verfahrens länger dauere. Man wolle dieses halbe Jahr noch zuwarten. Eine Erschließung des Gebietes Bohnau Süd ausschließlich über die Tannenbergsstraße, wäre mit einer Ertüchtigung der Unterführung unter der Bundesstraße verbunden, da die Durchfahrthöhe nicht ausreichend ist. Derzeit gäbe es auch ein Verbot der LKWs über 7,5 t. Das hänge mit der Lärmbelastung der Anwohner zusammen. Es gebe leider die Erschließung des Gebietes Bohnau nur durch die Jesinger Straße und der Bundesstraße. Von daher wäre es sinnvoll, die Einsteinstraße nach Süden zu verlängern und dann auf Höhe der Autobahnmeisterei auf die Bundesstraße zu kommen. Alternativ gebe es die Ertüchtigung der Tannenbergsstraße mit dem großen Nachteil, dass durch ein Wohngebiet gefahren werden müsse.

Allgemeine Verwaltungsangelegenheiten230 7. Heizungsprobleme in der Reutlinger Straße

StRin Dahner (Linke) berichtet, dass die Radiatoren, die aufgrund des Heizungsausfalls in der Reutlinger Straße verteilt werden sollten, nicht überall angekommen seien. Es sei ihr wichtig, nachzuvollziehen, woran dies lag, um künftig besser aufgestellt zu sein.

EBM Riemer berichtet, dass das Schreiben heute fertig gestellt worden sei. Er zitiert daraus:

„Mir ist es allerdings noch einmal wichtig, deutlich zu machen, dass nicht der Eindruck entsteht, in der Stadtverwaltung würde man die Bewohner der städtischen Mietsgebäude in der Reutlinger Straße nachrangig behandeln, ja sie sogar in ungeheizten Wohnungen sitzen lassen.

Es liegt mir auch die Aussage vor, dass Radiatoren nicht verwendet werden, da bei unseren Mietern die Sorge besteht, dass diese auf den Stromrechnungen ‚sitzen‘ bleiben werden. Hierzu gibt es die Anweisung, dass wir als Vermieter für warme Räume zu sorgen haben und beim Einsatz von Radiatoren, die dadurch verursachten Stromkosten übernehmen.“

Wir zeigen Ihnen auf, was wir in der Verwaltung nach dem Bekanntwerden dieser Probleme in den Gebäuden Reutlinger Straße 13 und 15 unternommen haben. Des Weiteren könne er berichten, dass die Bewohnerschaft in mehreren städtischen Wohnungen sorglos und nachlässig mit dem städtischen Bestand umgehen. Aus dem Sachgebiet Gebäudewirtschaft werden Vermüllungen sowie von häufigem unsachgemäßem Umgang mit städtischem Eigentum berichtet. Beispiele sind durch Fotos ggf. belegbar. Vielleicht sei dies der Grund, warum sich die Bewohner nicht bei der Verwaltung melden. In dem Schreiben werde auch aufgezeigt, dass die Hausmeister und städtischen Mitarbeiter diesen Themen immer schnell nachgegangen seien. Es gebe aber auch Fälle, dass Gaseinzelöfen ausgegangen sind und die Leute nicht in der Lage waren, diese wieder anzumachen. Sie seien dabei entsprechend unterstützt worden.

StRin Dahner (Linke) ergänzt, dass in der Verwaltung Frau Fischer angesprochen worden sei. Die Radiatoren seien versprochen, aber nicht geliefert worden. Sie sehe keinen Zusammenhang mit der Vermüllung.

EBM Riemer erläutert, dass zum Teil Radiatoren angeboten worden seien, diese aber nicht erwünscht waren. Die betroffenen Personen sollten sich an einer Stelle melden und nicht dem Hausmeister die Probleme hinterherrufen. Das funktioniere bei einer großen Verwaltung nicht.

OB Dr. Bader sichert eine Antwort zu.